

Fast 77 Millionen Euro erkämpft: Die AK ist die verlässliche Partnerin der oberösterreichischen Beschäftigten

2016 war geprägt von weiter steigender Arbeitslosigkeit, geringer Arbeitszufriedenheit und einer unnötigen Standortdebatte. Umso wichtiger ist es, dass die Beschäftigten mit der Arbeiterkammer eine Partnerin an ihrer Seite haben, die ihnen Verlässlichkeit und Stabilität garantiert. Das belegen auch die Bilanzzahlen: Die AK Oberösterreich hat im vergangenen Jahr mehr als 300.000 Menschen beraten. In arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten und in Insolvenzverfahren wurden fast 77 Millionen Euro erkämpft.

Mehr als 300.000 Anfragen

Im vergangenen Jahr suchten 301.809 Menschen Rat und Hilfe bei der AK Oberösterreich. Den Schwerpunkt bildeten mehr als 205.000 arbeits- und sozialrechtliche Beratungen. In mehr als 8.100 abgeschlossenen Rechtsfällen wurden fast 77 Millionen Euro an offenen Ansprüchen erstritten. Und das, obwohl die Beschäftigten oftmals nur zur Rechtsberatung kommen und aus Unsicherheit und Angst um den Job darauf verzichten, ihre Ansprüche auch einzufordern.

Ein typischer Fall aus der AK-Rechtsvertretung

Eine Kellnerin war nach etwas mehr als drei Monaten berechtigt aus ihrem Arbeitsverhältnis ausgetreten, weil sie viel zu wenig bezahlt bekommen hatte. Ihr Chef hatte ihr erklärt, dass sie pro Tag pauschal 30 Euro für die Tätigkeit im Restaurant bekommt – und das für oftmals mehr als zwölf Stunden Arbeitsleistung pro Tag. Die AK forderte die offenen Ansprüche ein: zu wenig Lohn, Überstundenentgelt, anteilige Sonderzahlungen, Urlaubersatzleistung und Kündigungsentschädigung. Weil der Arbeitgeber nicht reagierte, brachte die AK Klage beim Arbeits- und Sozialgericht ein. „Letztlich hat er sogar einen gerichtlichen Zahlungsbefehl ignoriert. Darum wurde er gepfändet. Nachdem das Restaurant in Konkurs gegangen war, bekam die Arbeitnehmerin mit einiger Verspätung ihr Geld aus dem Insolvenzfonds, etwas mehr als 10.000 Euro brutto“, berichtet die Leiterin des Rechtsschutz Linz, Dr.ⁱⁿ Helga Kempinger.

Verfallsfristen abschaffen

Fälle wie dieser sind keine Seltenheit. Leider haben viele Arbeitnehmer/-innen nicht so viel Glück und verlieren Ansprüche in Millionenhöhe aufgrund kurzer Verfallsfristen. Ziel der AK ist es daher, dass Verfallsfristen von weniger als drei Jahren für Arbeitnehmeransprüche abgeschafft werden, weil diese weder aus rechtlichen noch aus moralischen Gründen nachvollziehbar sind.

Einen Mangel an Zuversicht vermitteln die Auswertungen des Österreichischen Arbeitsklima Index, der die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten misst: Dieser war im Frühjahr 2016 zwischenzeitlich auf einen historischen Tiefststand von 104 Punkten gerasselt. Schuld daran ist der wachsende Pessimismus der Beschäftigten. Sie hadern mit der wirtschaftlichen Entwicklung, der Lage auf dem Arbeitsmarkt und den eigenen Zukunftsperspektiven.

Unternehmer jammern trotz satter Gewinne

Der Optimismus der oberösterreichischen Beschäftigten ist innerhalb von zwei Jahren von 87 auf 52 Prozent gesunken. Das ist mit Sicherheit auf die Kampagne einiger Unternehmer und ihrer Interessenvertreter zurückzuführen: „Sie werden nicht müde, die oberösterreichische Wirtschaft krank zu jammern, obwohl sie satte Gewinne schreiben“, sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.